GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Die CDU und die Frauen

Pinl, Claudia

1986

https://doi.org/10.25595/802

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pinl, Claudia: *Die CDU und die Frauen*, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Jg. 9 (1986) Nr: 18, 103-108. DOI: https://doi.org/10.25595/802.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Politik

Auf der Spur – gegen den Strich

18

ialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Politik

Auf der Spur – gegen den Strich

18

1. Auflage, 1986
Eigenverlag des Vereins Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen, Köln (Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1)
Gesamtherstellung: Farbo Druck & Grafik Team, Köln
Titel: Heidi Rautenberg, Köln

Impressum

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Hrsg.: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V.

9. Jahrgang (1986) Heft 18

Redaktion: Ute Annecke, Inge Hehr, Carola Möller, Brunhilde Sauer-Burghard, Christa Wichterich

Mitarbeiterinnen dieses Heftes: Veronika Bennholdt-Thomsen, Kathrin Braun, Jaquline Crawford, Cornelia Giebeler, Adrienne Goehler, Nevâl Gültekin, Sophie Hennis, Barbara Holland-Cunz, Heidrun Kaupen-Haas, Elke Kiltz, Michi Knecht, Elisabeth C. Kremer, Petra Leber, Beate Leddin, Doris Lucke, Claudia Pinl, Wera Reusch, Elvira Scheich, Brigitte Sellach, Simorgh (Women's Resource and Publication Centre), Gertrude Shope, Christina Thürmer-Rohr, Claudia Weber, Christa Wichterich

Die „beiträge" erscheinen dreimal im Jahr. Preis des Einzelheftes ab Heft 13 DM 16,– (Heft 8-12 DM 14,–), Doppelheft DM 28,–, Jahresabonnement (jeweils 3 Nummern) DM 38,–, Förderabonnement ab DM 60,–, Mitgliederabonnement DM 35,–. Einzelhefte sind durch jede Buchhandlung oder direkt beim Verlag zu beziehen. Abonnements ausschließlich durch den Verlag. Abbestellungen spätestens drei Monate vor Ende des Kalenderjahres möglich. Der Verlag erzielt keinen Gewinn. Mitarbeit erfolgt grundsätzlich ohne Honorar. Copyright by the authors. Nachdruck nur mit besonderer Erlaubnis des Verlages und unter Quellangabe gestattet. Sämtliche Verwertungsrechte an den Übersetzungen liegen beim Verlag. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Verlags- und Redaktionsadresse: Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1, Tel.: 02 21/52 64 22 · Konto: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V., Konto-Nr.: 7 192 032 Stadtsparkasse Köln (BLZ 370 501 98).

Vertrieb von Einzelheften und Abonnements: Verlag des Vereins Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen.
Vertrieb für den Buchhandel: Frauenliteraturvertrieb GBR, Schloßstr. 94, 6000 Frankfurt/M. 90

INHALT

Editorial

Auf der Spur – gegen den Strich

Christina Thürmer-Rohr
Feminisierung der Gesellschaft –
Weiblichkeit als Putz- und Entseuchungsmittel 9

Elvira Scheich
Frauenpolitik nach Tschernobyl 21

Adrienne Goehler
Kein Wunderland für Frauen 31

Elke Kiltz, Brigitte Sellach
Das Projekt „autonome Frauen im Römer":
Feministische Politik
im Frankfurter Stadtparlament 41

Barbara Holland-Cunz
Patriarchaler Biozid –
feministische (Kultur-)Revolution? 53

Cornelia Giebeler
Institutionalisierung der Empörung
Zum Verhältnis „Bewegung" und „Institution"
am Beispiel der Frauenforschung 65

Veronika Bennholdt-Thomsen
Geh zurück auf „Los"
Gegen die Männer-identifizierte Reaktion
in der Frauenforschung! 82

Nevâl Gültekin
Anpassung zur Emanzipation? 92

Kathrin Braun, Elisabeth C. Kremer,
Beate Leddin
Erziehungsgeld – Lohn für Hausarbeit
als Strategie konservativer Politik? 95

Claudia Pinl
Die CDU und die Frauen 103

Dokumentationen Diskussionen

Heidrun Kaupen-Haas
Das Problem der Kontinuität zwischen nazistischer Bevölkerungskontrolle und internationaler Bevölkerungspolitik gegen die Dritte Welt 109

Claudia Weber
Abtreibung auf Japanisch 117

Christa Wichterich
Dankansprache anläßlich der Verleihung des „Journalistenpreises Entwicklungspolitik 1985" 122

Simorgh, Women's Resource and Publication Centre
Die Suche – Eine alternative Perspektive für Frauen in Pakistan 124

Christa Wichterich
Die dreifache Unterdrückung schwarzer Frauen im Apartheidssystem
(Interview mit *Gertrude Shope)* *127*

Rezension

Ethnologiestudentinnen aus Köln
Eine Kritik der Ethnologinnentagung in Zürich (22.–25. Mai 1986) 129

Autorinnen

Cornelia Edding
Einbruch in den Herrenclub
(Doris Lucke) *131*

Claudia Pinl

Die CDU und die Frauen

Eine eigenständige Frauenpolitik der CDU läßt sich in Ansätzen erst zu Beginn der siebziger Jahre ausmachen. Vorher gerieten Frauen den christlichen Parteien traditionsgemäß nur insoweit ins Blickfeld als die Festschreibung eines bestimmten weiblichen Rollenverhaltens zum Fundament christlicher Familienpolitik gehörte. Diese Familienpolitik wurde von Männern gemacht und ihr Hauptziel war die Festigung der Kernfamilie, jener „wichtigsten Ordnungszelle des Staates" und „natürlichen Urzelle und Kraftquelle der staatlichen Ordnung" (Würmeling 1953, zitiert nach Haensch 1969, S. 80).
In den fünfziger Jahren setzten Adenauers Familienminister Würmeling und Heck Rahmenbedingungen, mit deren Auswirkungen wir es zum Teil heute noch zu tun haben. So wurde das Ehegatten-Splitting im Steuerrecht eingeführt mit der ausdrücklichen Begründung, es gelte auch das „Doppelverdienertum" einzuschränken. Mütter sollten selbstverständlich in der Familie bleiben (Verhandlungen des Deutschen Bundestages, S. 5636). Um „die natürliche Ordnung der Familie und Ehe" aufrechtzuerhalten, lehnte es die CDU 1954 ab, das im BGB von 1900 vorgesehene Alleinentscheidungsrecht des Ehemannes in allen Familienfragen abzuschaffen – bis das Bundesverfassungsgericht 1957 eingriff und den sogenannten Stichentscheid des Ehemannes als unvereinbar mit Art. 3 des Grundgesetzes erklärte. Auch der Paragraph 218 war bereits im Gerede – CDU und CSU blockten erfolgreich einen Versuch ab, die ethische Indikation einzuführen (Straffreiheit der Abtreibung nach einer Vergewaltigung). 1961 wurde schließlich die Scheidung erschwert (Einführung der Härteklausel, die eine Scheidung fast unmöglich machte, wenn die Ehepartnerin oder der -partner widersprach).[1)]

Die Familienpolitik der sozialliberalen Koalition war bemüht, einem liberaleren Frauenleitbild zum Durchbruch zu verhelfen – gedrängt einerseits von der allgemeinen Aufbruchstimmung ab 1968, in der sich auch die Frauenbewegung kräftig entwickelte, andererseits von den Erfordernissen des Arbeitsmarkts: das einzige inländische Arbeitskräftereservoir, die Frauen, sollte angezapft werden. Die CDU, in der Opposition, hielt sich zunächst familienpolitisch bedeckt, leitete aber allmählich auf der ideologisch-programmatischen Ebene einen vorsichtigen Wandel ein, der sich im Berliner Programm von 1971 niederschlug. Dort klingt bereits das Motto an, unter dem die CDU bis heute ihre Frauenpolitik verkauft: „Wahlfreiheit" und „Partnerschaft".
Der Slogan der „Wahlfreiheit" richtete sich zunächst gegen die angeblich einseitig von der SPD propagierte Berufstätigkeit der Frauen. Frauen sollten – so die CDU – wählen können, ob sie berufstätig sein wollten oder sich ganz Ehe und Familie widmen mochten. Dabei wurde natürlich gern übersehen, daß die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, nicht zuletzt dank früherer CDU-Regierungen, damals wie heute nur wenigen Frauen eine tatsächliche Wahl gestatten. So konnte sich die CDU einen scheinbar zeitgemäßen Anstrich verleihen, ohne die bürgerlich-konservative bzw. christliche Wählerklientel zu vergrätzen.
Die christdemokratische Beschwörung der „Partnerschaft" zwischen Mann und Frau war und ist immer auch eine Antwort auf – aus CDU-Sicht – allzu radikale Forderungen der Frauenbewegung. Gleichzeitig dient sie dazu, einen gewissen Unmut der Politikerinnen in den eigenen Reihen, die sich ab 1956 in der Frauenvereinigung sammelten und hin und wieder vernehmlich nach stärkerer Berücksichtigung bei Ämtern und Mandaten verlangten, zu beschwichtigen. Ähnlich wie die „Wahlfreiheit" verdeckt der Begriff der „Partnerschaft" die Tatsache, daß das Machtgefälle zwischen Frauen und Männern weitgehend unangetastet bleibt.

Diese scheinbare Modernisierung der CDU-Frauenpolitik in der Opposition beschränkte sich überdies fast ganz auf die programmatische und Forderungs-Ebene, schlug sich in den Parteiprogrammen in sehr allgemeiner Weise nieder und in den Beschlüssen der Frauenvereinigung (hier etwas konkreter, so wurde vielfach die besonders hohe Frauenarbeitslosigkeit beklagt). In der parlamentarischen Arbeit auf Bundesebene war wenig davon zu spüren. Der Entwurf eines Erziehungsgeldgesetzes von 1974 wurde alsbald „ aus finanzpolitischen Gründen" wieder aus dem parlamentarischen Verkehr gezogen. Immerhin setzte der Bundestag 1973 auf Anregung der rührigen Frauenvereinigungs-Vorsitzenden Helga Wex zum zweiten Mal eine Enquête-Kommission „Frau und Gesellschaft" ein.

Im übrigen machte sich im Parlament und in den Wahlkämpfen weiterhin das frauenfeindliche, altpatriarchale Leitbild breit. Frau lese etwa die Bundestagsdebatten zur 218-Reform und zur Ehe- und Familienrechts-Änderung nach.[2)] Der Auftritt einer barbusigen Revuetruppe zur Erheiterung der Delegierten eines CDU-Bundesparteitags war wohl von den Parteioberen ebenfalls als Beitrag zur „Modernisierung" gedacht.
Wie wenig die Formeln von Wahlfreiheit und Partnerschaft in den eigenen Reihen galten, zeigten 1981 Norbert Blüm und seine Sozialausschüsse. Die berühmt-berüchtigten CDA-Leitsätze „Die sanfte Macht der Familie" gipfelten in Aussagen wie: „Familie – die Mutter ist unersetzlich" und „Mutterarbeit ist mehr als Erwerbsarbeit" (vgl. 19. Bundestagung Sozialausschüsse der CDA 1982). Das ließ für die Frauen- und Familienpolitik nach der Wende 1982 Schlimmstes befürchten. Schlimmes trat auch ein, aber weniger auf der ideologischen als auf der materiell-sozialen Ebene.
Auf der ideologischen Ebene spielte sich, im Gegenteil, mit dem Dienstantritt Heiner Geißlers als Bundesfamilienminister eine geradezu erstaunliche Veränderung ab. Der Minister lud alsbald zu einer Fachkonferenz mit dem Thema „Gewalt gegen Frauen", bei der der geheiligte Binnenraum der Familie als Ort der Gewalt nicht ausgespart wurde, er forderte seine Geschlechtsgenossen öffentlich auf, vom „Paschathron" herabzusteigen und beispielsweise die berufstätigen Frauen mehr als bisher bei Hausarbeit und Kindererziehung zu entlasten. Weiter kündigte Geißler an, die Frauenhäuser finanziell absichern zu wollen und sich für eine bessere Behandlung von vergewaltigten Frauen vor Gericht einsetzen zu wollen (vgl. Kölner Stadt-Anzeiger, 14./15.1.1984 u. 10.8.1984) (was beides bisher nicht geschah). Ausfälle wie Geißlers Spruch auf dem Stuttgarter Parteitag 1984 – „Wir wollen bestimmt nicht das Patriarchat wieder einführen, aber wir wollen auch kein Diktat verklemmter Feministinnen in den öffentlich-rechtlichen Medien" (Grafe 1986, S. 198) – blieben Ausnahmen. Der Generalsekretär und Familienminister machte sogar hin und wieder kleine Verbeugungen in Richtung Frauenbewegung, der man, so Geißler, manche Anregung zu verdanken habe. Das waren neue, ungewohnte Töne, die auch weit über das hinausgingen, was die CDU-Frauenvereinigung jahrelang auf ihrer von der Mutterpartei konzedierten Spielwiese hatte verlauten lassen dürfen. Vorgetragen zudem von einem zentralen Macht- und Funktionsträger der „größten Volkspartei der Bundesrepublik Deutschland" (Geißler über die CDU).

Was war passiert? „Zu den Schwachpunkten der CDU zählen die jüngeren Frauen. Ausgehend von der Bundestagswahl 1983 zeigen insbesondere die nachfolgenden Landtags- und Kommunalwahlen, daß die CDU zunehmend das Vertrauen jüngerer Frauen verliert. Diese Entwicklung muß gestoppt werden, da sie langfristig dazu führen könnte, daß die CDU ihre Vormachtstellung im Parteiengefüge der Bundesrepublik Deutschland einbüßt und auf eine 40%-Partei abrutscht." So lautet ein Kernsatz aus einer von Helga Wex im Herbst 1984 verfaßten internen Studie. Die Frauenvereinigungs-Vorsitzende kommt in ihrer Analyse

zu dem Schluß, daß bei den Frauen unter 25 bereits 1983 eine rot-grüne Mehrheit bestand. Und sie geht mit der eigenen Partei scharf ins Gericht: es liege nicht an den Wählerinnen, wenn die CDU bei diesen immer noch im Geruch stehe, für Frauen die „Heimchen-am-Herd"-Rolle zu favorisieren. Wex plädiert dafür, die Sorge junger Frauen um Ausbildungs- und Arbeitsplätze, um Umweltvergiftung und Massenvernichtungswaffen ernst zu nehmen. Das Kästchendenken in der Frauen- und Familienpolitik müsse beendet werden, die CDU müsse sich Gedanken machen, wie die auf Kosten der Erwerbsarbeit sich ausdehnende unbezahlte Arbeit (vor allem der Frauen) mit Einkommen verbunden werden könne (Wex 1985).

Das Jahr 1985 stand ganz im Zeichen der PR-Erfolge des christdemokratischen „Oberfeministen" (Geißler über Geißler). Die „Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau", die propagandistische Vorbereitung des „Frauen"-Parteitags der CDU in Essen, bei der Geißler diskutierend durch die Lande zog und gern Feministinnen wie Alice Schwarzer als Resonanzboden benutzte, schließlich die Riesenschau in Essen selbst, wo rund 5oo Frauen, nicht nur aus der CDU, mit den Delegierten diskutierten – das alles fand reichlich Niederschlag in den Medien. Als Geißler im September 1985 von seinem Kabinettsposten zurücktrat, um sich ganz den Parteiaufgaben zu widmen, wurde die 48jährige Leiterin des CDU-nahen Forschungsinstituts „Frau und Gesellschaft", Rita Süssmuth, zu seiner Nachfolgerin ernannt. Seitdem kennt frau ihre CDU wahrhaftig kaum noch wieder. Gleich in ihren ersten Amtstagen sprach sich Süssmuth für die Pille auf Krankenschein aus, erteilte allen Versuchen, den Paragraphen 218 zu verschärfen, eine Absage, lobte Simone de Beauvoir und wollte die berufstätige Mutter aufgewertet wissen (schließlich ist sie selbst eine solche). In PR-Fragen ist sie womöglich noch geschickter als ihr Amtsvorgänger, kennt auch keine Berührungsängste, ob es nun um einen Inkognito-Auftritt als Clown im Cirkus Roncalli geht oder um eine Stippvisite beim Sommerfest der Bonner „taz"-Redaktion. Allerdings beehrte sie auch das Pfingsttreffen der Oberschlesier.
Viele Feministinnen und grüne Frauen erholten sich erst von ihrer Überraschung, als Rita Süssmuth als zuständige Gesundheitsministerin nach der Katastrophe von Tschernobyl zunächst tagelang auf Tauchstation ging und dann im Bundestag vorbehaltlos die Abwiegelei der Strahlenschutzkommission unterstützte (Süssmuth 1986), ohne Rücksicht auf Ängste in der Bevölkerung und das Entsetzen vieler Frauen angesichts der flächendeckenden Verstrahlung.
Die Reaktion der Ministerin auf Tschernobyl macht deutlich, daß auch diesem „progressiven" Aushängeschild der CDU deutliche Grenzen gezogen sind. Daß die programmatischen Verschwenkungen der CDU-Frauenpolitik insgesamt mehr versprechen als sie halten, macht auch ein gründlicher Blick auf die vom Essener Parteitag verabschiedeten „Leitsätze" deutlich. Das, was uns sympathisch in den Ohren klingen mag, wie die Appelle, die Familien- und Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern aufzuteilen, in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst Frauenförderpläne aufzustellen, ist im Grunde völlig unverbindlich. An anderen Stellen lugt dagegen die gute alte CDU-Familienideologie unverblümt hervor, wenn es etwa heißt: „Vater und Mutter sind nicht beliebig austauschbar" (Leitsatz Nr. 4) oder von der Familie als „Ort emotionaler Zuwendung" die Rede ist.
Daß es der CDU im Grunde immer noch um die Verfestigung der traditionellen Familienform geht, wird vor allem am Erziehungsgeld deutlich. Auch Feministinnen fanden und finden den Gedanken sympathisch, daß die Familien- und Erziehungsarbeit entgolten wird, wenn auch mit Beträgen, die noch unter dem einst von den Sozialliberalen eingeführten Mutterschaftsurlaubsgeld liegen. Progressiv erscheint auch die im Gesetz verankerte Möglichkeit, daß auch Väter den Erziehungsurlaub und damit das Erziehungsgeld beanspruchen können – allerdings nur, wenn sie mit der Mutter des Kindes verheiratet sind. Es paßt ins seit jeher

schwarze Ehe- und Familienbild, daß ledige Väter oder Väter aus nichtehelichen Lebensgemeinschaften von Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld ausgeschlossen sind.
Im übrigen: Welcher Mann ist schon bereit, einen Karriereknick hinzunehmen, um ein Jahr lang 600,- DM im Monat für seine Vater- und Hausmannsarbeit entgegennehmen zu dürfen? Welche Familie kann auf das Einkommen des Ernährers verzichten, zumal die Männerlöhne und -gehälter immer noch weit über dem liegen, was erwerbstätige Frauen nach Hause bringen?
Daß viele Frauen nach dem einen Jahr Erziehungsurlaub, trotz der vage im Gesetz formulierten Beschäftigungsgarantie, nicht mehr in den Beruf zurückkehren, dient ja wohl, ausgesprochen oder unausgesprochen, der „Entlastung des Arbeitsmarktes". Schließlich: es ist diese Bundesregierung, die sich immer mal wieder Sorgen um die zu niedrige Geburtenrate und den Fortbestand der Deutschen macht.

Die CDU-Frauenpolitik ist da „modern" und klingt dort progressiv, wo es nichts kostet. Das gilt sowohl für den finanziellen Aspekt (dazu gleich mehr) als auch für den ideologischen Aspekt. So setzt sich die CDU in den Kommunen für „Frauenleitstellen" ein, aber bitte nur auf ehrenamtlicher Basis. Die moderne berufstätige junge Frau soll die Signale hören, das ältere konservative Parteivolk darf nicht vergrätzt werden. Den Paragraphen 218 zu verschärfen, wagt man nicht offen. Das könnte den jungen Wählerinnen doch unangenehm auffallen. Katholisch konservative Unzufriedenheit hier einzudämmen, versuchte Geißler mit seiner „Bundestiftung Mutter und Kind", auf deren bescheidene Mittel es keinen Rechtsanspruch gibt. Unterdessen versuchen die CDU-regierten Länder auf dem Verwaltungsweg, Abtreibung zu erschweren bis unmöglich zu machen. Die Grünen als Partei, die für die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 eintritt, werden aufs unflätigste diffamiert (Flugblatt der CDU 1986). Die Änderung des Scheidungsfolgenrechts – Einschränkung des Unterhaltsanspruchs seit 1.4.1986 – hat viele Frauen verärgert. Hier mußte die Geißler-Linie eine Niederlage durch wohlbetuchte ältere Herren der eigenen Partei und der FDP einstecken.
Im Grunde geht es weiterhin um die Erhaltung der „Urzelle und Kraftquelle staatlicher Ordnung", um die traditionelle Familie, eine Lebensform, der viele Frauen und auch Männer inzwischen den Rücken kehren.
Mit einem 10-Milliarden-Mark-Paket, behaupten CDU und Bundesregierung, habe man allein im Jahr 1986 die Familie abgesichert. In dieser Bilanz enthalten sind neben dem Erziehungsgeld, das „Babyjahr" in der Rentenversicherung, Verbesserungen beim Kindergeld und Bafög, die Bundesstiftung „Mutter und Kind" und steuerliche Entlastungen vorwiegend für Besserverdienende. Die Bremer Arbeiterkammer hat errechnet, daß diese Maßnahmen, entsprechend den Haushaltsplänen des Bundes, für das Jahr 1986 sich auf 7,3 Milliarden belaufen, also unter der behaupteten Summe bleiben. Erst in den folgenden Jahren erreicht das Paket ein Gesamtvolumen von 10 Milliarden jährlich. Von diesen Summen ist allerdings abzuziehen, was die Wenderegierung zuvor an einschlägigen Sozialleistungen gekürzt hat: Bevor jetzt wieder leichte Bafög-Verbesserungen eingeführt wurden, hatte die Regierung im Herbst 1982 als eine ihrer ersten Maßnahmen das Schüler-Bafög gestrichen – eine entscheidende Verschlechterung für einkommensschwache Familien. Auch die Ausgaben für Kindergeld waren zunächst einmal kräftig zusammengestrichen worden. Das Mutterschaftsurlaubsgeld wurde gekürzt bzw. inzwischen durch das Erziehungsgeld abgelöst. Was da Frauen und Familien weggenommen wurde, beläuft sich für 1986 auf 4,45 Milliarden Mark, so daß von der stolzen 10-Milliarden-Bilanz für 1986 tatsächlich 2,8 Milliarden übrigbleiben.
Wichtig ist noch festzuhalten, daß der Familienlastenausgleich vor allem über steuerliche Maßnahmen greift, während der Anteil der direkten Transferzahlungen wie Bafög, Kindergeld, Erziehungsgeld abnimmt, was sich zugunsten der ein-

kommensmäßig besser gestellten Familien auswirkt. Es ist auch nicht so, daß Mehrkinderfamilien von dieser Politik generell begünstigt werden, vielmehr dient die steuerliche Entlastung vor allem dazu, die Kinderreichen gegenüber den kleineren Familien der *eigenen* Schicht nicht ins Hintertreffen geraten zu lassen (vgl. Langer 1986).

Bei der Bilanz der faktischen Leistungen der CDU-geführten Regierung für Frauen darf ein Blick auf Veränderungen im Arbeits- und Sozialrecht nicht fehlen. Im Rentenrecht gibt es Verbesserungen und Verschlechterungen. Die Hürden für den Bezug von Invalidenrente sind heraufgesetzt, dafür wurde die allgemeine Anwartschaftszeit für den Bezug einer Rente auf fünf Jahre herabgesetzt. Der Einstieg in eine eigenständige soziale Sicherung für Frauen, das sogenannte Babyjahr, fällt für die einzelne Frau bescheiden aus, zudem gilt es zunächst nur für Mütter ab Jahrgang 1921. Die „Flexibilisierungs"-Strategie, mit der das Arbeitsrecht gründlich verändert wird, bringt erwerbstätigen Frauen ein paar Vorteile, aber vor allem massive Nachteile. Erleichterungen gibt es durch den Abbau einiger frauenfeindlicher Arbeitsschutzbestimmungen. So wurde das leidige Damenklo, an dem schon manche junge Frau in gewerblich-technischem Beruf gescheitert ist, aus einer „Muß"-Bestimmung in eine „Soll"-Bestimmung umgewandelt (in der Arbeitsstättenverordnung). Das euphemistischerweise „Beschäftigungsförderungsgesetz" genannte Werk trifft dagegen die erwerbstätigen Frauen voll. Mit diesem Gesetz wurde die rechtliche Grundlage geschaffen, immer mehr Frauen in ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse abzudrängen (befristete Verträge, Kapovaz, Teilzeitarbeit). Grundlegende Maßnahmen gegen Frauenarbeitslosigkeit blieben aus.
„Flexibilisierung" scheint überhaupt das Stichwort zu sein, unter dem sich die Frauen- und Familienpolitik der CDU zusammenfassen läßt. Dabei geht es nicht nur um die propagierte „Entrümpelung" und „Entbürokratisierung" des deutschen Arbeitsrechts (und die damit einhergehende Entmachtung der Gewerkschaften). Es geht umfassenderer darum, eine „Leistungsgesellschaft" durchzusetzen, in der soziale Risiken in viel größerem Umfang als bisher von den einzelnen selbst zu tragen sind. Das heißt konkret, daß in einer Gesellschaft, in der die Erwerbsarbeit weniger wird, die Beseitigung von Arbeitslosigkeit nicht etwa Aufgabe von Staat oder Tarifparteien ist, sondern der einzelne/die einzelne selbst haben sich umzutun und am eigenen Schopfe aus dem Sumpf zu ziehen. Heiner Geißlers Vision einer zukünftigen „Freizeitgesellschaft" sieht so aus: „Wer zu Hause morgens fünf Stunden am Bildschirm arbeitet und nachmittags in der Sozialstation hilft, wer am Nachmittag Schaltrelais zusammenbaut und am Vormittag seine Landwirtschaft betreibt oder wer vormittags arbeitsteilig arbeitet und nachmittags seine Kinder erzieht, der entzieht sich dem alles dominierenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Solche Leute stehen für den Klassenkampf nicht mehr zur Verfügung" (Grafe 1986, S. 177). Geißler beschreibt hier in der Mehrzahl Tätigkeiten, von denen wir annehmen dürfen, daß sie, wie jetzt schon, auch in Zukunft vor allem von Frauen ausgeübt werden: Heimarbeit, soziale Arbeit, Familienarbeit, unqualifizierte Industriearbeit. Und das ist genau die Form von Berufstätigkeit von Frauen, die sich die „moderne" CDU sogar und gerade auch für Mütter vorstellen kann: wechselnd zwischen „privater" und „öffentlicher" Tätigkeit, zwischen entlohnter und nichtentlohnter oder nur gering entlohnter Arbeit. Die CDU knüpft dabei geschickt an real vorhandene Bedürfnisse von Frauen an: Mehr Durchlässigkeit zwischen Familien- und Erwerbsarbeit, Geld für die bisher „unsichtbare" Familienarbeit. Erziehungsgeld, Babyjahr in der Rentenversicherung, die Überlegung, ehrenamtliche Dienste zu entlohnen und die Hausarbeit bei der Berechnung des Bruttosozialprodukts einzukalkulieren, geben Frauen ein gewisses Quantum an Anerkennung für ihre Arbeit. Gleichzeitig wird aber durch die Aufrechterhaltung der herkömmlichen Familie und der ge-

schlechtsspezifischen Arbeitsteilung die Marginalisierung der Frauen im Erwerbsleben verfestigt. Die lebenslange Berufsarbeit von Männern in den Stammbelegschaften bleibt erhalten. Frauen als Verschiebemasse im Erwerbsarbeitsbereich, als diejenigen, auf deren Schultern die Privatisierung des Dienstleistungsbereichs lastet (Erziehungsgeld statt Förderung kollektiver Formen wie Krippen oder Kindergärten), sind dann Ergebnis einer Politik, die Abhängigkeiten verfestigt bei gleichzeitiger Behauptung des Gegenteils.[3)]

Anmerkungen

1) Mit der Begründung, so könnten Männer nicht mehr Frau und Kind verlassen, um eine Jüngere zu heiraten. Mag sein, daß damit vielen älteren Frauen und Müttern geholfen wurde. Die grundsätzliche Abhängigkeit der Frauen von den Männern wurde jedoch verstärkt.

2) „Das Ja zur Last der neun Monate, zur Geburt und zu den tausend Diensten am Kind macht die Würde der Frau." So der ehemalige Familienminister Heck am 25.4.1974 im Bundestag.

3) Anfänge zu dieser Entwicklung gab es jedoch schon in der Endphase der sozialliberalen Koalition. Ich denke dabei an Antje Hubers Kampagne „Frauen können mehr", die (erwerbslose) Frauen zur Aufnahme von ehrenamtlichen Tätigkeiten ermuntern sollte.

Literatur

19. BUNDESTAGUNG SOZIALAUSSCHÜSSE DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN ARBEITNEHMERSCHAFT: Die sanfte Macht der Familie, Königswinter o.J. (1982)

FLUGBLATT DER CDU ZUR NIEDERSACHSENWAHL: „Die Grünen wollen, daß alle Babies im Mutterleib bis zur Geburt getötet werden können", 1986

GRAFE, Peter J.: Schwarze Visionen, Die Modernisierung der CDU, Reinbek b. Hamburg 1986

LANGER, Ingrid: Scheinbare Progressivität täuscht über die wahren Ziele. Über die Familien und Frauenpolitik der Union, in: Frankfurter Rundschau 27.9.1986

SÜSSMUTH, Rita: Rede vom 14. Mai 1986, in: Gambaroff u.a., Tschernobyl hat unser Leben verändert, Reinbek b. Hamburg 1986, S. 72ff

VERHANDLUNGEN DES DT. BUNDESTAGES: I. Wahlperiode, Stenograph. Berichte, Bd. 7

WEX, Helga: Frauen und CDU. Thesen zur aktuellen Situation der CDU in ihrem Verhältnis zu jüngeren Frauen, in: CDU-Frauenvereinigung (Hrsg.), Der Beitrag der Frauen in der CDU zur Politik für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau, Broschüre, Bonn 1985

WÜRMELING, Franz-Josef: in: Haensch, Repressive Familienpolitik, Reinbek b. Hamburg 1969, S. 80 (1953)

Autorinnen

Veronika Bennholdt-Thomsen, 41 Jahre, einen Sohn von 5 Jahren, Anthropologin und Soziologin, arbeitete und lebte lange Jahre in Mexiko. 1980–81 Koordinatorin des Postgraduierten Programms: „Women and Development" am Institute of Social Studies, Den Haag; jetzt Professorin auf Zeit an der Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld.

Kathrin Braun, 26 Jahre, Sozialwissenschaftlerin, Frauengruppe der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg, z. Zt. ABM Netzwerk.

Cornelia Giebeler, 30 Jahre, wissenschaftliche Mitarbeiterin, soziologische Frauenforschung, Fakultät für Soziologie Bielefeld; zuvor HPM in der Bildungsarbeit. Interessen- und Arbeitsschwerpunkte: Macht und Institutionen, Frauenerwerbslosigkeit, Wissenschaft und Frauen.

Adrienne Goehler, geb. 1955, Diplompsychologin in spe, Mitgründerin der GRÜNEN, des 1. Hamburger Piratensenders Radio Querfunk, der Gruppe „Herzensbildung". Initiatorin der „Frechen Frauen" und des Projekts Frauenliste; wird ab November '86 der ersten Frauenfraktion in der Geschichte des Parlamentarismus – auf Länderebene – angehören, dort hauptsächlich für Kultur- und Frauenpolitik zuständig sein. Seit 1973 in den unterschiedlichsten politischen Zusammenhängen tätig, Grenzgängerin.

Nevâl Gültekin, 35 Jahre, geb. in Istanbul in der Türkei und verbrachte dort ihre ersten 20 Jahre. Kam 1971 zu Studienzwecken in die Bundesrepublik, Soziologie-Studium in Frankfurt, Mitarbeit in verschiedenen Frauenprojekten u.a. als wissenschaftliche Mitarbeiterin; freie journalistische Tätigkeit; seit fünf Jahren hauptsächlich in einem Zentrum für ausländische Frauen in Frankfurt engagiert, das sie mitbegründet hat.

Barbara Holland-Cunz, 28 Jahre, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Germanistik, lebt z. Zt. von einem Stipendium und promoviert über feministische Utopie und politische Theorie an der Universität Frankfurt/Main.

Heidrun Kaupen-Haas, geb. 1937, Soziologiestudium in Köln, Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Medizin-Soziologie, Universitäts-Krankenhaus Eppendorf, Hamburg. Arbeitsschwerpunkte: Gesundheits-, Sozial- und Bevölkerungspolitik im Dritten Reich und in der Dritten Welt.

Elke Kiltz, 34 Jahre, Germanistin (auf dem 2. Bildungsweg nach einer land- und hauswirtschaftlichen Ausbildung), Mitarbeiterin beim Frankfurter Frauenblatt, Fraktionsassistentin der Fraktion der Grünen im Römer.

Elisabeth C. Kremer, 28 Jahre, Sozialwissenschaftlerin, Frauengruppe der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg, z. Zt. post graduierten Studium in Boston.

Beate Leddin, 29 Jahre, eine Tochter 4 Jahre, erwerbslose Lehrerin, Fächer: Sozialkunde/Politik und Mathematik, Frauengruppe der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg.

Claudia Pinl, geb. 1941, Journalistin, arbeitet seit 1984 in Bonn, z. Zt. als Mitarbeiterin des AK Frauenpolitik der Grünen im Bundestag.

Elvira Scheich, 33 Jahre, Physikstudium, dazu Politikwissenschaft. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Berlin für den Bereich Technik und Gesellschaft; z. Zt. wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe „Soziale Ökologie" in Frankfurt. Berufliche In-

teressenschwerpunkte: Politische Theorie der Technik und Geschichte der Naturwissenschaften im Hinblick auf eine feministische Kritik daran.

Brigitte Sellach, 43 Jahre, Sozialarbeiterin und Soziologin, Mitarbeiterin des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Frankfurt, als autonome Stadtverordnete in der Fraktion der Grünen, lebt und arbeitet mit Frauen.

Christina Thürmer-Rohr, 49 Jahre, Prof. Dr. phil., Dipl. psych. an der Technischen Universität Berlin, Vertreterin des Wahlpflichtfachs „Frauenforschung" im Diplomstudiengang Erziehungswissenschaften, einen Sohn (13 Jahre).

Christa Wichterich, 37 Jahre, Soziologin und Germanistin, nach mehrjährigem Arbeitsaufenthalt in Indien z. Zt. freiberufliche Journalistin, Schwerpunktthema: Frauen in der Dritten Welt.